Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

21.11.1931 (No. 272)

Visual Library

Nr. 272 Samstag, den 21. November 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Zur Tötung des Gerichtsvollziehers Füger in Offenburg

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Damit auch die Öffentlichkeit wieder einmal sieht, mit welchen Mitteln verhetzte Menschen auf die Tätigkeit der Behörden Einfluß zu nehmen versuchen, wird nachstehend eine anonyme Zuschrift abgedruckt, die der Oberstaatsanwaltschaft in Offenburg dieser Tage erhalten hat. Sie lautet:

„Herr Staatsanwalt!

Der Schuß gegen Gerichtsvollzieher Füger ist ein warnendes Zeichen einer **überall verbitterten** Landwirtschaft. Unsere Regierung ist unfähig, der Landwirt wird zum Weißbluten gebracht, man drückt ihm die Waffe gegen die Staatsgewalt in die Hand. Bühler mag ein gewalttätiger Mensch sein, aber Schuld an dem Elend ist der unfähige Staat, die Regierung, die eines Tages zur Verantwortung herangezogen **wird.** Gehen Sie **vorsichtig** mit B. um, der **nächste Schuß** ist sonst bestimmt bei **Ihnen.**

Ein ebenfalls verbitterter Landwirt.

Es gibt nur noch eine Rache für ein gewalttätiges Beamtentum."

Da auch diese Zuschrift so tut, als sei die Tat des Bühler durch eine Betreibungsmaßnahme des Staates oder einer anderen öffentlichen Körperschaft hervorgerufen worden, so sei noch festgestellt, daß Gerichtsvollzieher Füger die Pfändung bei Bühler für eine reine **Privatschuld im Auftrag eines privaten Gläubigers** vorgenommen hat. Die Erhebungen über die Vermögensverhältnisse des Bühler haben ergeben, daß seine Ehefrau Eigentümerin eines, abgesehen von einem Leibgeding, **unbelasteten** landwirtschaftlichen Anwesens im Werte von — niedrig geschätzt — 16 000 RM. ist, und daß die persönlichen Schulden der Eheleute Bühler nur einige 100 RM. betragen. Es ist deshalb auch eine Entstellung, wenn man glauben machen will, die Tötung des Gerichtsvollziehers sei die Tat eines gewissermaßen systematisch zur Verzweiflung getriebenen Kleinbauern.

Die Regierung wird alles daran setzen, um die Beamten, welche ihre Pflichten treu und gewissenhaft erfüllen, gegen solche Drohungen, Angriffe, Verdächtigungen und Beeinflussungsversuche in Schutz zu nehmen.

Der Konflikt im Wirtschaftsbeirat

Der Austritt der Vertreter der Landwirtschaft

Die **drei landwirtschaftlichen Vertreter** im Reichswirtschaftsbeirat haben, wie gemeldet, in einem Schreiben an den Reichskanzler mitgeteilt, daß sie aus dem Beirat ausscheiden. In diesem Schreiben wird gesagt, es sei nach mehrwöchigen Verhandlungen festzustellen, daß wir von einer Klärung der Grundprobleme noch weit entfernt sind, nicht zuletzt deshalb, weil die Reichsregierung es an der erforderlichen Initiative in den Verhandlungen habe fehlen lassen. Außerdem sei durch den Erlaß der neuen Notverordnung über die Osthilfe eine ganz neue Situation geschaffen worden. Die Reichsregierung hätte in Übereinstimmung mit dem Wirtschaftsbeirat das **gesamte Programm** der Wirtschafts- und Finanzsanierung einheitlich beschließen müssen, anstatt eine einzelne Maßnahme vorher herauszugreifen. Die Osthilfe lasse sich nur im Rahmen eines durchgreifenden Hilfsprogramms für die **gesamte deutsche Landwirtschaft** vertreten.

Von seiten der **Reichsregierung** wird erklärt, gerade auf Wunsch der ostdeutschen Landwirtschaft habe die Reichsregierung geglaubt, vor Fertigstellung des Wirtschaftsprogramms die Verordnung für die Osthilfe erlassen zu müssen. Sie habe dauernd darauf hingewiesen, daß ihre verfassungsmäßige Zuständigkeit, selbst ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, durch die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates in keiner Weise berührt werde. Durch zu starke Initiative der Reichsregierung wäre gerade der Sinn des Wirtschaftsbeirates in sein Gegenteil verkehrt worden. Zudem wird der Schritt der drei Herren auch deshalb für unverständlich betrachtet, weil ihnen der Erlaß der oben genannten Notverordnung, deren Inhalt mitgeteilt und von ihnen übereinstimmend gebilligt worden war. — Schließlich wird amtlich noch betont, daß von einer **Sprengung des Wirtschaftsbeirates** nicht die Rede sein könne. Die Arbeiten seien vielmehr am Donnerstag zu Ende geführt worden, und in der Schlußsitzung, die am 23. November, unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfinde, soll das Ergebnis in Leitsätzen zusammengefaßt werden.

235 Millionen Reichsbahnanleihe gezeichnet. Die steuerfreie Reichsbahnanleihe hat am Freitag einen Betrag von 235 Millionen Reichsmark erreicht.

Neue preußische Erlasse zur Sicherung von Ruhe und Ordnung. Am Freitagabend kamen drei neue Erlasse des preußischen Ministers des Innern zur Sicherung von Ruhe und Ordnung zur Veröffentlichung. Die Abgabe von Hieb- und Stoßwaffen an Personen unter 20 Jahren, und nächtliche Geländeübungen und Märsche werden verboten.

Letzte Nachrichten

Bankier-Konferenz in Washington?

CNB. London, 21. Nov. (Priv.-Tel.) Der New-Yorker Korrespondent der „Daily Mail" meldet, daß in Wallstreet Gerüchte über eine Bankier-Konferenz in Washington zu neuerlicher Erwägung der Reparations- und Kriegsschuldenprobleme umlaufen.

Der Krieg in der Mandschurei

Die Untersuchungs-Kommission

WTB. Paris, 21. Nov. (Tel.) Der „Matin" bezeichnet es als wahrscheinlich, daß der Enquete-Kommission, deren Entsendung nach der Mandschurei der Völkerbundsrat beschließen will, Delegierte Amerikas, Frankreichs und Englands angehören werden. Amerika würde den Vorsitzenden stellen. Nach dem „Exelsior" kommt dafür General Dawes in Frage.

Japan gegen einen Waffenstillstand

WTB. **Tokio,** 21. Nov. (Tel.) Der japanische Vertreter in Paris hat die Weisung erhalten, **jeden Vorschlag eines Waffenstillstandes** in der Mandschurei **abzulehnen,** da ein solcher nur gemacht werden könnte, wenn ein Kriegszustande bestünde. Ferner würde er es den Chinesen ermöglichen, Streitkräfte von mehr als 200 000 Mann gegen 15 000 Japaner zusammenzuziehen und Japan verhindern, sich gegen Soldaten- und Räuberhorden zu verteidigen.

Die japanische Regierung hat der Sowjetregierung die Gründe mitgeteilt, die die japanische Armee bestimmten, die Ostchinabahn zu überschreiten.

Abbau der hohen Pensionen

Zweidrittel-Mehrheit im Reichstag erforderlich

CNB. Berlin, 21. Nov. (Priv.-Tel.) Von besonderer Seite wird mitgeteilt: Die Bezüge der sog. Großpensionäre werden seit geraumer Zeit, ja nach der Parteieinstellung, mehr oder weniger lebhaft erörtert. Der in diesen Tagen zusammengetretene Haushaltsausschuß des Reichstages hat sich in seiner Sitzung vom 20. November mit einem Antrag auf Kürzung der hohen Pensionen beschäftigt. Die Beratungen gaben dem Reichsminister der Finanzen Gelegenheit, sich zu dieser Frage zu äußern.

Reichsfinanzminister **Dietrich** führte hierbei aus, daß es bei der rechtlichen Schwierigkeit der Materie der Reichsregierung erwünscht sei, wenn durch einen verfassungsmäßig zustandegekommenen Beschluß des Reichstages und Reichsrates alle Schwierigkeiten auf diesem Gebiete ausgeräumt würden, zumal dadurch auch der ungeheuerlichen Agitation, die unter vollkommen verzerrter Darstellung der Verhältnisse betrieben werde, der Boden entzogen würde. Zur Beseitigung aller rechtlichen Bedenken sei eine **Zweidrittelmehrheit** erforderlich, damit die Gefahr beseitigt werde, daß die Maßnahmen der Regierung durch Gerichtsentscheidungen durchlöchert werden.

Im einzelnen sei hierzu noch bemerkt, daß gegenüber der auf Veranlassung der Deutschnationalen Volkspartei im Jahre 1926 vom Reichsfinanzministerium dem Reichstage vorgelegten Denkschrift, die noch rund 740 Ruhegehaltsempfänger aus dem Bereich sämtlicher Reichsbehörden, einschließlich der alten und neuen Wehrmacht, aufführt, die über 12 000 *RM* Pension jährlich bezogen, heute infolge Verringerung der Bestandzahl, teilweise durch Tod, teilweise durch die einengenden Bestimmungen der Notverordnungen nur noch **553 Personen** im Genuß einer Pension von über 12 000 *RM* sind. Von diesen Pensionären erhält die überwiegende Zahl, nämlich 329 Personen, Pensionen zwischen 12 u. 14 000 *RM* jährlich, und nur 14 Personen über 18 000 *RM* jährlich. Diese Zahlen verschieben sich noch weiter nach unten infolge der weiteren Kürzung der Pensionen über 12 000 *RM* auf Grund der Notverordnungen vom 6. Oktober 1931.

Während nach der Denkschrift von 1926 für Pensionen über 12 000 *RM* jährlich noch 11,2 Mill. RM. aufgebracht werden mußten, beträgt der Jahresaufwand für diese sog. Großpensionäre jetzt nur noch rund **7,8 Mill. RM.** Durch die Festsetzung einer starren Höchstgrenze von 12 000 *RM* könnten hiervon im ganzen Reich noch etwa eine Million Reichsmark erspart werden.

Die Ausführungen des Reichsfinanzministers sind in mehrfacher Beziehung auf das lebhafteste zu begrüßen. Die Zahlen beweisen ein Doppeltes: Daß die **Zahl der Großpensionäre nicht so groß ist,** wie gemeiniglich angenommen wird, und daß die **finanziellen Aufwendungen** nur einen Bruchteil der Summe darstellen, die durch eine kritiklose, nur von der Sensation und der demagogischen Verhetzung des Volkes lebenden Presse in der Phantasie ahnungsloser Zeitungsleser hervorgerufen wurde.

Aus dem Haushaltsausschuß

VDZ. **Berlin,** 21. Nov. (Tel.) Der **Haushaltsausschuß des Reichstags** setzte am Samstag die Beratung der **Anträge über die neue Regelung des Pensionswesens** fort. Als Grundlage der Beratungen dient der **Regierungsentwurf** über ein Pensionskürzungsgesetz, der bekanntlich zum Teil durch die Notverordnung vom Oktober übernommen worden war. Die vorliegenden **Anträge,** zu denen auch eine große Zahl von Anträgen der Deutschen Volkspartei gekommen ist, zielen deshalb auf eine **Abänderung der Notverordnung** hin. Wenn das Pensionskürzungsgesetz mit **verfassungsändernder Mehrheit** angenommen würde, würden sich damit die entsprechenden Teile der Notverordnung erledigen, und die rechtlichen Zweifel wären ausgeräumt.

*Zur politischen Lage

Das Schuldenproblem

Der deutsche Antrag auf **Einberufung des Sonderausschusses der BIZ** ist jetzt gestellt worden. Es war klug und richtig, daß die deutsche Reichsregierung vorher mit Frankreich als dem wichtigsten Gläubiger Fühlung genommen und mit ihm auch die Formulierung der Begründung unseres Antrags durchgesprochen hat. Eine **vollkommene** Einigung ist dabei aber leider **nicht** erzielt worden.

Frankreich beharrt bei seinem Standpunkt, daß die Reparationen allen anderen Zahlungen **voranzugehen** haben, und daß sich die ganze weitere Entwicklung des Reparationsproblems **auf der formalen Grundlage des Youngplans** zu vollziehen habe. Man will unter allen Umständen die Verträge und ihren Wortlaut respektiert sehen.

Zu welchen grotesken Übertreibungen dieses Prinzip führt, hat eine der letzten Sitzungen des Völkerbundsrats gezeigt. Als der Vertreter Chinas bei Erörterung des Konflikts in der Mandschurei darauf hinwies, daß ein ganz bestimmter Vertrag China von Japan mit Gewalt aufgezwungen worden sei, und deshalb keine absolute Gültigkeit beanspruchen könne, sprang der Vertreter Jugoslawiens in voller Erregung auf und protestierte gegen eine solche Auffassung; Verträge seien Verträge und müßten unter **allen Umständen** eingehalten werden. Seine Worte waren natürlich all **den** Mächten aus dem Herzen gesprochen, die sich am Ende des Weltkrieges durch brutalen Willkürakt Vorteile aberwitziger Art gesichert haben. (Was den Konflikt in der **Mandschurei** selbst betrifft, so hat der Völkerbund das immer weitere Vordringen Japans **nicht** verhindern können.)

Selbstverständlich wünschen auch wir nicht, daß die Heiligkeit von Verträgen angetastet wird. Aber solange es eine Weltgeschichte, eine Rechtsmoral gibt, hat immer der Grundsatz gegolten, daß einer **abgepreßten** Verpflichtung nur ein bedingter Wert beizumessen ist. In unseren Augen und in den Augen aller rechtlich denkenden Menschen der ganzen Welt können gewisse Bestimmungen der Friedensverträge **keine Gültigkeit** beanspruchen, da uns die Zustimmung zu ihnen **mit Gewalt** erpreßt worden ist. Wir können deshalb nur immer wieder unsere Forderung nach Revision anmelden. Und gottlob räumt ja sogar der Versailler Friedensvertrag selbst uns ausdrücklich dieses Recht ein. Sogar die vom Sieg berauschten Väter dieses Vertrags haben sich gesagt, daß Umstände eintreten könnten, die den einen oder anderen Paragraphen als unsinnig, friedenzerstörend und unausführbar erscheinen lassen.

Was nun den **Youngplan** anlangt, so will Frankreich auch seinerseits Erleichterungen **für einige Zeit** zugestehen. Der Plan selbst aber soll **unangetastet** werden. Das ist natürlich ein Unding. Denn solange Deutschland mit den Reparationszahlungen oder mit der Aussicht auf solche Zahlungen **belastet bleibt, ist eine wirtschaftliche Gesundung nicht möglich.**

Die **englische Regierung** hat gerade in der letzten Zeit ihr starkes Interesse an der ganzen Angelegenheit bekundet. England wünscht nicht, daß Frankreich gewissermaßen sein Geschäft allein mit Deutschland abschließt, und die anderen Gläubiger das Nachsehen haben. Nun, von Deutschland ist eine solche Ignorierung der übrigen Gläubiger gewiß nicht zu befürchten. Uns kann es sogar nur recht sein, wenn England bei den Beratungen des Sonderausschusses das Gewicht seiner eigenen Anschauungen in die Wagschale wirft. Und das wird wohl mit um so größerem Nachdruck geschehen, da England neben Amerika unser Hauptgläubiger bezüglich der privaten Schulden ist. In Großbritannien weiß man längst, daß die Verzinsung und langsame Rückzahlung dieser Schulden nur dann garantiert werden kann, wenn Deutschland von der Last der Reparationen befreit wird und wieder wirtschaftlich gesundet.

Der **Sonderausschuß** wird also nun demnächst zusammentreten und die **finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands zu prüfen haben.** Die Wahrscheinlichkeit und Hoffnung besteht ja auch jetzt noch, daß sich dann aus den Beratungen des Sonderausschusses ein größeres Gremium entwickelt, welches auf breiter Basis das **gesamte Schuldenproblem** einschließlich der interalliierten Schulden und einschließlich der privaten Verschuldung Deutschlands in Angriff nimmt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Der Wirtschaftsbeirat

Der Wirtschaftsbeirat ist vorgestern wieder zu einer Sitzung zusammengetreten. Er soll noch am heutigen Tage seine Beratungen abschließen, und am Montag würde dann die Schlußsitzung unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfindet. Eine Einigung ist **nicht erzielt** worden. Und gestern haben sogar die drei **Vertreter der Landwirtschaft** nach einer schriftlichen Begründung ihres Verhaltens ihre Mitarbeit im Beirat eingestellt.

Man wird also nun wohl den Versuch machen, eine mehr allgemein gehaltene Formel zu finden, welcher schließlich alle Teilnehmer zustimmen können, damit am Montag wenigstens **etwas** Positives aus den Verhandlungen herauskommt. Denn man kann dem Reichspräsidenten nicht zumuten, einer Sitzung zu präsidieren, die mit der glatten Feststellung eines Fiaskos endet.

Von vornherein bestanden ja sehr begründete Zweifel, ob sich die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates würden einigen können. Steine des Anstoßes waren und sind die Fragen der Preisbildung, der Löhne und der Tarife. Eine einigende Formel läßt sich hier ja auch nur sehr schwer finden; es sei denn, daß man von oben herab gleich mit einem Gesamtprogramm aufwartet, das auf einen Schlag **sämtliche Hindernisse** aus dem Wege räumt.

Praktisch hat sich das ganze Problem auf die Frage zugespitzt, ob man von neuem Lohn- und Gehaltssenkungen vornehmen soll und es einstweilen bei den bestehenden Besteuerungssätzen, bei den bestehenden Preistarifen der öffentlichen Betriebe und bei den bestehenden Zinssätzen bewenden läßt, oder ob man die Steuern reduziert, die sozialen Lasten verringert, die Zinshöhe und die Preistarife auf dem Gebiete des Verkehrs und der Heiz- und Beleuchtungsmittel senkt und **dann** auf weitere Gehalts- und Lohnherabsetzungen **verzichtet**. Daß das bisher geltende **Tarifsystem** aufgelockert und den heutigen Bedingungen des Arbeitsmarktes besser angepaßt werde, das ist ja eine Forderung, die von Vertretern der Reichsregierung schon mehrfach betont worden ist.

Die Lage der **Wirtschaft** selbst hat sich inzwischen nicht im mindesten gebessert, sondern weiterhin in katastrophaler Weise verschlimmert. Ganz traurig sieht es bei der **Landwirtschaft** aus, und zwar bei der Landwirtschaft in **allen** ihren Zweigen und in **allen** Gegenden des Reichs. Und das ist für das ganze Volk eine Gefahr. Denn noch immer hat das alte Wort zu Recht bestanden: „Hat der Bauer Geld, hats die ganze Welt!" Scheidet der Landwirt als Käufer aus, so wird damit einer der wichtigsten Teile der allgemeinen Kaufkraft des Volkes vernichtet, und die übrigen Berufe haben die Zeche zu bezahlen.

Die hessischen Landtagswahlen

Die hessischen Landtagswahlen haben die ganze Woche über die öffentliche Meinung beschäftigt. Und man wird das durchaus begreifen, wenn man sich vergegenwärtigt, von wie tief einschneidender Bedeutung diese Wahlen waren, und wenn man sich vor Augen hält, daß die in einigen Monaten kommenden Wahlen in Preußen wohl kaum ein anderes Resultat ergeben werden.

Man muß sich eben einmal klar machen, was das eigentlich heißt, daß in Hessen 37 Proz. aller abgegebenen Stimmen—und die Wahlbeteiligung war diesmal sehr groß — dem **Nationalsozialismus** zugute gekommen sind. Das heißt nichts anderes, als daß mindesten jeder Dritte in Hessen nationalsozialistisch gewählt hat. Das heißt, daß der Nachbar Müller, den man noch bis vor kurzem als deutschvolksparteilich ansprach, und Freund Kunze, der zur Wirtschaftspartei gehörte, und Landwirt Maier, den man als treues Mitglied des Landbundes kannte, inzwischen Nationalsozialisten geworden sind. Gewiß mag es da ein Trost sein, daß wenigstens das **Zentrum** seinen Besitzstand gewahrt hat. Dafür haben aber auf der Linken Sozialdemokraten und Demokraten sehr schwere Verluste erlitten, und der **Kommunismus** ist wieder um mehrere Machtpositionen stärker geworden.

Es versteht sich von selbst, daß solche Beobachtungen sehr ernst stimmen müssen. Allerdings darf man bei alledem nicht vergessen, daß es **nicht eingeschriebene Mitglieder** der Nationalsozialistischen Partei sind, die den Sieg in Hessen herbeiführten, sondern **frühere Bürgerliche** und zu einem kleinen Teil auch Wähler der Linken. Die Frage ist jetzt die: werden diese Scharen früherer Bürgerlicher dazu beitragen, aus dem Nationalsozialismus eine Partei staatspolitischen Aufbaus zu machen, oder haben sie sich wirklich innerlich schon so radikalisiert, daß sie als richtige Nationalsozialisten — zum mindesten der Haltung und dem Gefühl nach — gelten können? Für den Sieger des Wahlkampfes selbst gibt es ja, wie die Lektüre seiner Presse erkennen läßt, diese Frage nicht. Herr Hitler behauptet von neuem, daß seine Partei eine Partei des legalen, staatspolitischen Aufbaus sei, und daß es sich für die anderen nur darum handeln könne, sich **seiner** Führung unterzuordnen. Und dieser Anspruch auf absolute Herrschaft wird sicherlich auch in Hessen das Problem der Regierungsbildung besonders beeinflussen und außerordentlich erschweren.

Aus dem Sklarek-Prozeß

Im Sklarek-Prozeß wurde am Freitag der jetzige Generaldirektor, Stadtrat a. D. Dr. **Schüning**, der bis 1926 im Aufsichtsrat der BAG. und auch im Aufsichtsrat der KVG. war, vernommen. Es kam dabei zu **dramatischen Szenen.** Als der Zeuge erklärte, ihm seien Tatsachen dafür, daß **die Sklareks Fehlbeträge hätten übernehmen** müssen, nicht bekannt geworden, hielten ihm Leo und Willi Sklarek vor, daß er die Unwahrheit sage. Leo Sklarek **rief** dem Zeugen eine Reihe von Einzelheiten ins Gedächtnis zurück und erklärt: „Ich bin es gewesen, der Sie aus den Klauen von Kieburg gerettet hat. 1925 saßen Max, Kieburg und ich bei Ihnen im Kontor, und da sagten Sie: Mein Direktor hat ein Loch von 400 000 *RM*." Der Zeuge Schüning gab erst nach langem Hin und Her, und nachdem ihn der Vorsitzende auch darauf aufmerksam gemacht hatte, daß er die Aussage nur verweigern könne, wenn er sich strafbar gemacht habe, zu, daß eine derartige Besprechung mit dem Ziel, „ein unverschuldetes Defizit abzuwälzen", stattgefunden haben könne. Der Vorsitzende erklärt darauf, unter allgemeiner Bewegung: Sie können mir danken, Herr Schüning, daß ich Sie nicht vorher vereidigt habe. Schüning gab dann auf Befragen mit leiser Stimme noch zu, daß er von den Sklareks für die Beschaffung von Aufträgen **Provisionsgelder in Höhe von 10 000 *RM*** erhalten habe.

Dann wurde der frühere Stadtkämmerer Dr. **Lange** als Zeuge vernommen. Er wollte über den Umfang von gesellschaftlichen Beziehungen von Magistratsbeamten zu den Sklareks nichts gewußt haben. **Willi Sklarek** erklärte: „Ich traf Sie im Dachgarten des Eden-Hotels. Max hat auf dem Presseball eine Zeche von etwa 650 *RM* gemacht. Ich wurde aufgefordert, Ihrer Gattin eine Spende zu machen, und habe ihr später 500 *RM* geschickt. Ich behaupte, daß Dr. Lange alles genau gewußt und privatim mit Max gesprochen hat." Leo Sklarek erklärte weiter, daß Max Sklarek die Karten vom Presseball für Dr. Lange besorgt hätte, und daß dieser der Gast von Max gewesen sei. Im übrigen sei die **Freundschaft** zwischen den Herren vom Magistrat und den Sklareks so eng gewesen, daß Stadtrat Nydahl einmal geäußert hätte: „Wenn von den Sklareks etwas verlangt wird, wird es im Magistrat einstimmig angenommen."

Am Montag soll als erster Zeuge Bürgermeister **Scholz** vernommen werden.

Im Verwaltungsgebäude von **Schultheiß-Patzenhofer** in **Berlin** hat sich eine 42jährige Frau Graf, die von dem Konzern das Vergnügungslokal „Berliner Prater" in der Kastanienallee gepachtet hatte, mit einer Pistole einen **Schuß in die Herzgegend** beigebracht. Die Frau konnte in letzter Zeit ihre Miete an den Konzern nicht mehr bezahlen. Sie wurde in hoffnungslosem Zustande in die Charité eingeliefert.

Bei einem Explosionsunglück in dem Bentley-Kohlenbergwerk bei **Doncaster** (Grafschaft York, England) wurden 24 Bergarbeiter **getötet** und viele verletzt.

Die kommenden Schuldenverhandlungen

Der deutsche Antrag

Das **Memorandum der deutschen Regierung** zur **Einberufung** des im Neuen Plan vorgesehenen **Sonderausschusses** ist nunmehr veröffentlicht worden. Es besteht aus zwei Teilen. Im ersten ist eine **reparationspolitische Übersicht** enthalten, in die aber schon der eigentliche Antrag mit hineingearbeitet worden ist, im zweiten werden die Kompetenzen des Sonderausschusses umrissen und es wird dem Ausschuß ausdrücklich das Problem in seiner Gesamtheit, unter Berücksichtigung der Frage der **privaten Verschuldung** Deutschlands vorgelegt. In dem Memorandum wird zunächst in formeller Weise der Antrag auf Einberufung dieses Ausschusses gestellt.

Über die **Ursache** und den **Zweck** des Antrags wird dann u. a. ausgeführt: Nachdem die deutsche Regierung **Anfang** Juni zu der Überzeugung gelangt sei, daß sie trotz aller Maßnahmen nicht imstande sein würde, die Annuitätenzahlungen gemäß dem Neuen Plane zu leisten, habe am 21. Juni Präsident Hoover den einjährigen Zahlungsaufschub vorgeschlagen. Aber die weiteren Ereignisse zeigten, daß auch das Hoover-Feierjahr allein die Gefahr des Zusammenbruches nicht bannen könne. Es kam das Baseler **Stillhalteabkommen** zustande. Alle diese wohlgemeinten Maßnahmen könnten nicht einen vollen Erfolg garantieren. Selbst der Bericht des Baseler Sachverständigenausschusses enthält eine dringende Mahnung an die beteiligten Regierungen, keine Zeit zur Ergreifung der noch notwendigen Maßnahmen zu verlieren und eine Lage zu schaffen, die es ermögliche, Finanztransaktionen durchzuführen, die Deutschland und somit der ganzen Welt Hilfe bringen würden.

Inzwischen habe sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands aufs **äußerste zugespitzt.** Bei den Überlegungen, um endlich einen Ausweg zu finden, habe man den Gedanken der Einberufung eines **Beratenden Sonderausschusses** aufgegriffen, dessen Einberufung von einem **deutschen Antrage** abhängig gemacht wurde. Da die gegenwärtigen Verhältnisse — so heißt es zum Schluß — die **größte Beschleunigung** der zu treffenden Maßnahmen erfordern, ist die deutsche Regierung für unverzüglichen Zusammentritt und erwartet ein schnelles Arbeiten, damit schon in allernächster Zeit **eine Konferenz der Regierungen** stattfinden könne, die für die alsbald zu fassenden Entschlüsse zuständig sind.

In **Berlin** wird dazu erklärt, der deutsche Antrag bilde lediglich ein Glied in einer ganzen Kette von Schritten in der Reparationsfrage, die im Juni d. J. begann. Die Einberufung des Sonderausschusses gründe sich formal auf die Verabredungen Lavals in Washington, wonach die Ingangsetzung der weiteren Besprechungen über das Reparationsproblem durch die am Youngplan Beteiligten erfolgen solle. Es wäre abwegig, wenn man den jetzt vorliegenden deutschen Antrag als ein erneutes Bekenntnis zum Youngplan ansehen wollte, der ja formal niemals außer Kraft gewesen sei.

Die **BIZ** bestätigt den Eingang des Memorandums. Sie hat sofort alle Mitglieder der Bank um die Ermächtigung ersucht, den Beratenden Sonderausschuß einzuberufen.

Die Aufnahme in Paris und London

WTB. **Paris**, 21. Nov. (Tel.) Der Text des deutschen Memorandums wird von der Presse ganz oder in Auszügen veröffentlicht. „Echo de Paris" sagt: Die Reichsregierung hat wohl eingewilligt, die Formeln des Youngplanes zu gebrauchen, um die Revision der Reparationslasten zu erhalten, aber sie hat zugleich Sorge getragen zu bemerken — und das sei der wesentliche Punkt des Memorandums —, daß diese Formeln nicht mehr angemessen seien und es sich unter den gegenwärtigen Umständen um etwas ganz anderes als die Herabsetzung der Reparationslasten handle. Das Blatt deutet an, daß für Deutschland praktisch die Reparationen zu existieren aufgehört hätten.

„Excelsior" schreibt: Es wird Aufgabe des französischen Delegierten sein, die Debatte nicht über den Rahmen des Youngplanes hinausgehen zu lassen. Diese Aufgabe ist äußerst delikat, denn man muß befürchten, daß der französische Delegierte sich im Beratenden Sachverständigenausschuß in der Minderheit befinden wird.

*

WTB. **London**, 21. Nov. (Tel.) „Daily Expreß" bespricht das deutsche Memorandum unter der Überschrift „Das neue deutsche S.O.S." u. a. folgendermaßen: England habe keinen Vorteil von den Reparationszahlungen gehabt. Im Gegenteil, die Zahlungen in Form ausgeführter Waren, wie Kohle und Fertigwaren, haben die englische Ausfuhr ernstlich geschädigt. Der Abgang Englands vom Goldstandard und die Gewißheit von Zöllen haben es klar gemacht, daß das Ende der Reparationen gekommen ist.

Karlsruher Konzerte

Zweimal hatte sich am letzten Sonntag eine übergroße Gemeinde in der städt. Festhalle zusammengefunden, um anläßlich des diesjährigen Katholikentages der Uraufführung des gemischten Chorwerkes **„Sancta Elisabeth" von Franz Philipp** beizuwohnen. Nachdem über die Veranstaltung selbst hier schon berichtet wurde, mag es genügen, nur noch zu dieser neuen Tonschöpfung einiges nachzutragen. Am besten ist wohl das effektvoll aufgemachte Werk jener Kategorie erfolgsicherer Chormusik zuzuzählen, die man mit dem Prädikat „dankbar" charakterisiert. Damit ist aber freilich schon gesagt, daß diese „Folge von Gesängen zu Ehren der hl. deutschen Frau" eben nur, und zunächst als Beitrag zum 700jährigen Elisabeth-Jubiläum richtig bewertet werden kann und soll. Denn nicht nur schien uns diesmal der Komponist seine sonst so persönlichkeitsstark polyphon geprägte Satzkunst zugunsten einer mehr traditionellen und vorwiegend harmonischen Setzweise erheblich zurückzudämmen, auch den einzelnen chorischen Massenszenen, in die sich das Ganze gliedert, dünkte es doch an gegenseitiger Abgewogenheit etwas zu fehlen. Zwar muß sicherlich die abschließende Litanei (mit Kinderchor, Blechbläsern und Orgel) eine großartige Steigerung erreichen, zumal wenn ihr unmittelbar ein inniges Interludium für Sopran, Violine und Orgel vorausgeht, gerade solch gewollte Gegensätzlichkeit befremdet jedoch mehr, als daß sie von einer künstlerisch bedingten Notwendigkeit wirklich überzeugen könnte. Wir sehen indessen Franz Philipp auf einem Weg, den — übrigens zum gleichen Gegenstand — schon Joseph Haas beschritten hat, und wenn seine „Sancta Elisabeth" auch noch nicht das **Volksoratorium** ist, wie wir es uns vollgültig vorzustellen vermögen, so darf es gleichwohl als ein Markstein zu diesem selben Ziele gelten. Nicht zuletzt bekräftigte seine imposante Wiedergabe durch annähernd sieben Hundertschaften von Sängern und Sängerinnen, deren technisches Können im Einzelnen wohl das durchschnittliche Niveau eines einfachen Kirchenchors kaum überbot, diesen äußerst begrüßenswerten und den Komponisten vielleicht zu einer weiteren Aufgabe reizenden Eindruck.

Ebenfalls eine geistliche Veranstaltung nannte sich am gleichen Abend die

Musikalische Feierstunde in der Johanniskirche,

die mit der Einweihung einer neuen Orgel verbunden war. Man kann die evangelische Gemeinde der Südstadt zu diesem Werk beglückwünschen, das ihr die Durlacher Firma Karl Heß erbaut hat. Es ist ein in der äußeren Form sehr würdiges und auch den akustischen Verhältnissen des Gotteshauses trefflich angepaßtes Instrument. Vor allem in seiner Registeranordnung scheint es ältere und modernere Stilprinzipien technisch einwandfrei zu vereinen und wird zweifellos, wenn es einmal mehr eingespielt ist, auch noch etliche klangliche Unebenheiten verlieren, die aus der geringen Elastizität der Tastatur herrühren und vorläufig ein „gebundenes" Legato verhindern. Sein erster Spieler war **Prof. Dr. Hermann Poppen,** Heidelberg, und zwar führte er die Schönheiten des neuen Werkes an Bachs „Präludium und Fuge" (Es-Dur) sowie an diversen Choralbearbeitungen vor. Zwischen diesen Instrumentalstücken ließ sich der schon öfters rühmend erwähnte Kirchenchor mit zwei recht gediegenen und in Deklamation sowie Dynamik ausgezeichnet gesungenen Kantaten von Bach unter der Leitung von Musikdirektor **Heinrich Cassimir** hören. Da auch das Solistenquartett — R. **Schumacher** (Sopran), N. **Metzger** (Alt), B. **Stober** (Tenor) und P. **Sigmund** (Baß) — um intensivste Ausdrucksgestaltung seiner Partien bemüht war, fand der Abend eine ungemein starke Resonanz in der bis zum letzten Platz vollbesetzten Kirche.

Es war kein Gesamt-Gastspiel von den auch hier rühmlichst bekannten **Hauskomödien Dr. Erich Fischers,** wie es fälschlich in den Erstanzeigen hieß. Gottlob möchte man beinahe sagen, denn sonst wäre ja das Ensemble auf ein Minimum zusammengeschrumpft, und das wäre bei noch so höfem Druck der Zeit wirklich schade. Wir wollen also richtigstellen: Bei

Sixt und Bettina

handelt es sich weder um eine Komödie noch überhaupt um ein Bühnenspiel, sondern die beiden Namen künden ein längst verschollenes Liebesidyll, das der schon vielfach in solchen Dingen erprobte Entdecker unter dem Namen „Ein Musikerschicksal aus der Goethe-Zeit" in eine inhaltlich recht ansprechende Form gebracht hat. Da erfahren wir nun einiges aus dem Leben eines bisher völlig unbekannten Johann August Sixt (1745—1800), der zufällig in Donaueschingen länger festgehalten wurde und dort einer schönen Demoiselle begegnete, der er einen Band Lieder widmete. Man habe ihn damals ob dieser Vertonungen für verrückt erklärt, heute aber bleibt festzustellen, daß sich darin Mozartsche Grazie mit einem großen Ernst verbindet, doch ohne Überschwang und Aufdringlichkeit. Das Ergebnis des Abends ist zudem eine hübsche Rahmenerzählung, aus der die einzelnen Lieder plastisch vor dem Hörer erstehen. Beides vermittelte **Charlotte an der Heiden** mit einer wohlklingenden, sehr sympathischen Stimme, und Dr. **Erich Fischer,** der mit seinem einleitenden Vortrag die Aufnahme und den Genuß aufs beste vorbereitet hatte, begleitete sie ungemein diskret. Auf die Wiederholung der aparten Veranstaltung, die heute abend im Studentenhaus stattfindet, seien Musikfreunde nachdrücklichst hingewiesen.

Vorweg genommen und an den Rand geschrieben: das

Rosé-Quartett

feiert in diesem Jahr sein 50. Jubiläum. Da wäre es eigentlich Pflicht, in der Geschichte des letzten Halbjahrhunderts nachzublättern, um die Bedeutung dieser Vereinigung für das kammermusikalische Geschehen gebührend ins rechte Licht zu rücken. Denn gerade Rosé, der heute 68-Jährige, hat ja sich in seiner Programmgestaltung auch schon immer der Lebenden angenommen und keineswegs bloß die klassische Literatur gepflegt, die freilich seinen Namen um so populärer machte. Leider würde aber solches Beginnen zuviel Raum beanspruchen und könnte doch kaum erschöpfend werden, dafür sei jedoch desto dankbarer wenigstens der intensiven Pioniertätigkeit gedacht, die er an der Spitze seines Quartetts geleistet hat neben seiner konzertmeisterlichen Stellung im Wiener Hoftheaterorchester und neben einer akademischen Professur. Welche große Kunst der Reproduktion in dieser Vereinigung stets wirksam war, und zu welch sieghafter Intuition des Augenblicks sich ihr Tun immer wieder rundete, davon gab auch dies Festkonzert selbst beredtes Zeugnis, das zu Anfang den Eigenwuchs und die besonderen Atmungsbedingungen eines Verdi-Werkes (E-Moll) erfühlte und dann zum geliebten Mozart, und schließlich zum noch heißer verehrten Schu-

Die „Financial Times" bezeichnen den Schritt der deutschen Regierung als unbedingt notwendig und durchaus geeignet, Befriedigung auszulösen. Das Blatt sagt: eine Menge Beweismaterial hat gezeigt, daß Reparationen und die mit ihnen verbundenen interalliierten Kriegsschulden der größte Stein des Anstoßes sind. Jetzt sind Deutschland und die anderen direkt oder indirekt betroffenen Nationen aufgefordert, den Erkenntnissen eines Untersuchungsausschusses ins Auge zu fassen, und das rechte Verständnis muß sich daraus ergeben.

Der neue Bankkrach

Zum Zusammenbruch der Berliner Bank für Handel und Industrie

Über die Zustände bei der Bank für Handel und Grundbesitz wird von eingeweihter Seite folgende Darstellung gegeben:

Direktor **Seiffert** habe es, gestützt auf die in seinen Händen befindliche Aktienmehrheit, verstanden, sich in den Generalversammlungen jedesmal einen **Aufsichtsrat** zu wählen, der ihm ein gutes Werkzeug und der gar nicht in der Lage gewesen sei, die gesetzlichen Kontrollfunktionen zu erfüllen. Die Art und Weise, wie Seiffert es verstanden habe, sich in den Besitz der **Aktienmehrheit** zu setzen, bedarf ebenfalls noch der Aufklärung. Der **Kundenkreis** der Bank habe sich in den Jahren 1924 bis 1927 hauptsächlich deswegen gehalten, weil die Bank **größere Zinsen** als die anderen Banken zahlte. Schon vor Jahren habe die Geschäftsführung der Bank Anlaß zu Angriffen von seiten örtlicher Hausbesitzervereine gegeben, als nähere Einzelheiten über die Finanzierung der zusammengebrochenen Gemeinnützigen Siedlungs- und Kriegerheim-AG. bekannt geworden seien. Viele Hausbesitzer hätten es damals beanstandet, daß ihre Depositengelder zur Finanzierung eines derartigen Unternehmens benutzt worden seien. In eingeweihten Kreisen hat man schon lange den Zusammenbruch des Unternehmens prophezeit.

Direktor Seiffert soll am Donnerstag bei einer Filiale der Deutschen Bank einen Scheck auf 150 000 *RM* vorgelegt und das Geld gleich an sich genommen haben. Man nimmt jetzt an, daß er nach der Tschechoslowakei geflüchtet ist. Gegen Seiffert schwebt vor dem Dessauer Landgericht seit über Jahresfrist ein Verfahren wegen **Meineids**, den er vor dem **Untersuchungsausschuß** des **anhaltischen Landtages** geleistet haben soll. In dieser Affäre wurden damals zwei anhaltische Landtagsabgeordnete der Bestechung überführt. Einer hatte von Seiffert 10 000 *RM*, der andere 20 000 *RM* erhalten. Vor dem Untersuchungsausschuß hatte Seiffert seinerzeit unter Eid ausgesagt, daß er das Geld erst nach der Abstimmung im Landtag verabfolgt habe. Dagegen ist erwiesen, daß er einem der Bestochenen den Betrag von 20 000 *RM* bereits vor der Abstimmung ausgehändigt hat.

Die Berliner „Börsenzeitung" schreibt: Wenn die vorangegangenen Bankschwierigkeiten größeren und großen Ausmaßes auf die in Bankkreisen allgemein nicht vorausgesehene wirtschaftliche und politische Entwicklung zurückzuführen waren, so liegt der Fall „Hausbesitzerbank" auf einem ganz **anderen Gebiet**. Hier steht bereits jetzt fest, daß der Vorstand — und zwar wahrscheinlich bereits seit langem — **Bilanzverschleierungen** sich hat zuschulden kommen lassen, die die bereits innerlich ungesunde Lage des Unternehmens vertuschten und die auch ihre strafrechtlichen Konsequenzen haben müssen. Unter diesem Gesichtspunkt besteht auch kein Grund zu einer neuen allgemeinen Beunruhigung, da es sich hier um einen **Sonderfall** handelt, dessen Entstehung nicht auf wirtschaftliche, sondern auf **kriminelle Vorgänge** zurückzuführen ist.

Man muß, wenn man eine — zunächst nur theoretische — **Quote** schätzen will, berücksichtigen, daß sich unter den Debitoren von etwa 60 Mill. Reichsmark nicht weniger als 25 Mill. Reichsmark in der gegenwärtigen Zeit kaum zu verwertende **Grundstücke**, und weitere 10 Mill. Reichsmark voraussichtlich **uneinbringliche Forderungen** befinden. Man hört daher Quotenschätzungen von etwa 30 Proz., die sich natürlich erhöhen könnten, wenn das Reich, wie es in dem Kommuniqué heißt, „eine Summe zur Verfügung stellen wird, um mit ihrer Hilfe eine Vereinbarung mit den Kreditoren der Bank über die Art der Abwicklung herbeizuführen". Sicher ist bisher nur, daß der Status einen Verlustsaldo aufweisen wird, der ein Mehrfaches des Aktienkapitals und der Reserven darstellen dürfte.

*

Zwei Banken, die mit der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz AG. in Verbindung stehen, haben ebenso wie diese ihre Schalter geschlossen. Es handelt sich dabei um die **Barmer Kreditbank AG., Wuppertal-Barmen**, und die **Gewerbebank AG.** in **Trier**.

Ermittlungsverfahren gegen zwei Berliner Bankiers. Die Berliner Staatsanwaltschaft beim Landgericht I hat gegen die Inhaber des Bankgeschäftes **Marcus & Co.**, das vor einigen Tagen mit Passiven von fünf Millionen Reichsmark seine Zahlungen eingestellt hat, das Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden Bankiers, **Max Marcus** und Berthold **Schreiber**, werden beschuldigt, **4,2 Millionen Depotgelder verspekuliert** zu haben. Von der Vernehmung der Beschuldigten wird es abhängen, ob Haftbefehl erlassen werden soll.

Fristlose Entlassung eines Direktors. Der Aufsichtsrat der Hannoverschen Waggonfabrik AG. (Hawa), Hannover, hat beschlossen, das erste Vorstandsmitglied der insolventen Gesellschaft, Konsul Wilhelm **Schöttler**, wegen **persönlicher Verfehlungen fristlos zu entlassen.** Größere Verluste dürfte die Hawa aber nicht erleiden, da sie sofort das gesamte Vermögen von Schöttler hat gerichtlich beschlagnahmen lassen.

---

bert sich wandte. Vielleicht war die Wiedergabe von dessen „Der Tod und das Mädchen", die überdies mit dem Todestag zusammenfiel, die phänomenalste Leistung des Abends, aber auch Mozart erklang in berückender Kantilene, wobei die Klarinette **A. Sprangers** nicht ganz vergessen sei. Der Beifall des ausverkauften Eintracht-Saales war schon hier entsprechend enthusiastisch, nahm zum Schluß natürlich noch demonstrativeren Charakter an.

Ein sehr abwechslungsvolles, wenn auch etwas ungleichartiges Programm erwartete die vielen Tausenden. die zum

II. Konzert des Bayreuther Bundes

in die Festhalle geströmt waren. Doch die Rücksichtnahme auf die Hörer, unter denen sich viele körperlich leidende Menschen befanden, rechtfertigte wahrhaftig solche Buntheit und enthob diese stattliche Gemeinde in der strahlenden Lichterfülle des Saales für ein paar Stunden der Sorgen ihres grauen Alltags. 2000 Eintrittskarten waren an Erwerbslose, Fürsorgeempfänger und Schwerkriegsbeschädigte verteilt worden, und sie alle empfanden diese edle Tat als eine Linderung ihrer Notlage. Besonders den vielen Gebrechlichen, die teils sogar im Kraftwagen aus ihrer Wohnung abgeholt worden waren, wurde eine große, seit Jahren nicht mehr erlebte Freude bereitet. Um dieses schönen Zweckes willen, lohnte sich sicherlich der Abend und blieb darum auch dem Ziele nicht fern, das sich kein Geringerer als Richard Wagner, wie der Ortsvorsitzende, **Christian Lorenz**, in seiner Begrüßungsansprache ausführte, einstens erträumt hatte. Fast unmöglich ist es allerdings, hier auf Einzelheiten der umfangreichen Vortragsfolge des Näheren einzugehen. Soweit ich übrigens noch selbst dem Konzert anwohnen konnte, hatte vor allem **Ellen Winter** mit der Ballade der Senta, aber auch **Horst Falke** in der Positur eines Heldenbaritons (Wotans Abschied) einen lebhaften Erfolg; nicht minder herzlich wurde das Ehepaar **Lorenz** für einen zweiklavierigen Vortrag (Sinding) bedankt, und neben dem **Silcherbund**, der unter **Friedrich Füller** Volkslieder sang, konnte schließlich noch die **Harmonie-Kapelle** mit ihrem bewährten Dirigenten **Hugo Rudolph** einen Hauptteil der übergroßen und ehrlichen Begeisterung für sich in Anspruch nehmen.

H. Sch.

Badischer Teil

Gegen wilde Sammlungen

** Dem Vernehmen nach, soll es in letzter Zeit häufig vorkommen, daß Personen mildtätige Gaben, angeblich für Wohlfahrtszwecke, meist bei Geschäftsleuten, aber auch in Privathäusern sammeln. Es ist daher angezeigt, darauf hinzuweisen, daß jeder, der zu vaterländischen oder gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken (Wohlfahrtszwecken) eine öffentliche Sammlung, eine öffentliche Unterhaltung oder Belehrung, einen öffentlichen Vertrieb von Gegenständen, oder eine öffentliche Werbung von Mitgliedern oder Mitunternehmern veranstalten will, hierzu die Genehmigung des Bezirksamtes gemäß § 1 der Bekanntmachung vom 15. Februar 1917 (RGBl. S. 143 ff.) benötigt, sowie, daß jede Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmung gemäß § 11 a. a. O. mit Geld oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft wird und daß der Ertrag der unerlaubten Sammlung eingezogen werden kann. Jeder, bei dem gesammelt wird, wird daher zweckmäßigerweise sich von dem Sammler die Legitimation (Ausweis des Bezirksamts oder der Notgemeinschaft der Stadt) zeigen lassen und, falls sich der Sammler nicht im Besitze eines solchen Ausweises befindet, ihn der nächsten Polizeistation möglichst fernmündlich und unter tunlichst genauer Beschreibung anzeigen.

Obermedizinalrat Dr. Otto Schmelcher

ist mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. zum Bezirksarzt der Bezirksarztstelle I in **Karlsruhe** ernannt worden. Der bisherige Stelleninhaber, Bezirksarzt Dr. Schönig, ist infolge Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten.

Der neue Bezirksarzt für Karlsruhe I war bisher Obermedizinalrat im Ministerium des Innern. Er behandelt auch weiterhin nebenamtlich die Frage des Irrewesens, der sozialen Hygiene, der gerichtlichen Medizin und verwandter medizinischer Gebiete. In früheren Jahren war Dr. Schmelcher als Assistenzarzt an der Heil- und Pflegeanstalt Illenau und mehrere Jahre als Bezirksarzt in Engen tätig; er steht im 44. Lebensjahre.

Die Arbeiter-Zeitung auf fünf Tage verboten

** Der Minister des Innern hat mit Wirkung von heute die in **Mannheim** erscheinende kommunistische **„Arbeiter-Zeitung"** auf fünf Tage verboten. Anlaß zu dem Verbot gab ein Artikel „Rund um das Bezirksamt", dessen Inhalt eine Beschimpfung staatlicher Organe und eine Verhetzung der Bevölkerung gegen diese darstellte.

Die Ferien an den Höheren Schulen

Die Ferien an den Höheren Schulen sind vom Unterrichtsministerium für das Jahr 1932 wie folgt festgesetzt worden:

Die **Weihnachtsferien** 1931/32 beginnen am 24. Dezember und endigen am 6. Januar. Die **Osterferien** 1932 nehmen ihren Anfang am 21. März und finden am 9. April einschließlich ihr Ende; die **Pfingstferien** dauern vom 14. Mai bis 21. Mai einschließlich. Die **Sommerferien** beginnen am 1. August und endigen am 10. September einschließlich. Am letzten Schultag vor den Weihnachts-, Pfingst- und Sommerferien sind die vier ersten Unterrichtsstunden in vollem Umfang zu erteilen. Auswärtige Schüler dürfen, damit sie am gleichen Tage ihren Heimatsort noch erreichen können, von der Direktion zu einer früheren Stunde entlassen werden. Die Weihnachtszeugnisse sind in der Woche vom 14. bis 19. Dezember auszuhändigen, die übrigen nach Schluß der vierten Unterrichtsstunde des letzten Schultages. Am letzten Schultag vor den Osterferien ist die vorgeschriebene Schlußfeier abzuhalten. Für eine etwaige unumgängliche Verlegung der Schlußfeier auf den vorhergehenden Tag ist jeweils im Einzelfall rechtzeitig um Genehmigung nachzusuchen.

Zum Fall Eckert

Das **Dienststrafverfahren gegen Pfarrer Eckert** ist — wie jetzt mitgeteilt wird — soweit durchgeführt, daß der Anklagevertreter, Oberkirchenrat Dr. **Friedrich**, in einer ausführlichen Anklageschrift den Antrag auf Entlassung des Pfarrers Eckert unter Verlust aller Rechte im einzelnen begründet hat und nunmehr die Akten dem Vorsitzenden des Dienstgerichts zur Festsetzung des Verhandlungstermins vorliegen. Es ist anzunehmen, daß diese Verhandlung Anfang Dezember möglich sein wird. Pfarrer Eckert, von dem nicht bekannt ist, wann er aus Rußland zurückkommt, wird in dem Verfahren von Rechtsanwalt Dr. **Dietz** verteidigt.

Altkleider- usw. Sammlung für die Notgemeinschaft. Auch der zweite Sammeltag der Karlsruher Notgemeinschaft an gebrauchten Kleidungsstücken, Wäsche, Schuhzeug, Bettzeug und Hausrat ist zur vollen Zufriedenheit verlaufen. Das Zentrallager füllt sich zusehends, so daß die Räume, wenn das Sammelerträgnis in gleich gutem Maße anhält, bald nicht mehr ausreichen werden. Allerdings sollen die gespendeten Waren nicht lange aufgestapelt werden, sondern es wird schon Anfang Dezember, nachdem die Sortierung und Einordnung des ersten Teiles der Spenden stattgefunden hat, mit der Ausgabe an die Bedürftigen begonnen werden. Am Montag, den 23. November, werden die Sammelkolonnen der Notgemeinschaft in folgenden Stadtgebieten tätig sein: die Kolonne 1 zwischen Karl-, Seminar-, Moltke- Westend- und Kaiserstraße, die Kolonne 2 zwischen Karl-Wilhelm-Straße, Tullastraße und Durlacher Allee.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstagmorgen: Bei schwacher Luftbewegung trat heute früh vielenorts Nebel auf, sonst ist keine Änderung der Wetterlage erfolgt. Die im Nordwesten liegende Zyklone kann noch immer nicht ihren Wirkungsbereich auf Mitteleuropa ausdehnen, da das osteuropäische Hochdruckgebiet sich behauptet. — **Voraussage:** Keine wesentliche Änderung des bestehenden Witterungscharakters

Der Badische Landtag in Freiburg

Einweihung der Klinikneubauten am 1. Dezember

Die Mitglieder der Regierung und des Badischen Landtags treffen am Mittwoch, den 25. November, mit dem FD-Zug 192 kurz nach 10 Uhr in **Freiburg** ein, um auf Einladung des Kultusministers Dr. **Baumgartner** eine bauliche Besichtigung der vor ihrer Vollendung stehenden **Klinikneubauten** vorzunehmen.

Die neuen Klinikneubauten werden sodann am 1. Dezember ihrer Bestimmung übergeben. Die Einweihungsfeierlichkeiten beginnen vormittags 10.15 Uhr. Der Einweihungsakt ist umrahmt von Musikvorträgen. Oberregierungsbaurat **Lorenz**, der Plänefertiger und Bauleiter, übergibt die Gebäulichkeiten den Vertretern der Klinikgemeinschaft (Staat und Stadt), dem Kultusminister und dem Oberbürgermeister der Stadt Freiburg mit einer Ansprache. Dann werden sprechen Kultusminister Dr. **Baumgartner**, Oberbürgermeister Dr. **Bender** und der Rektor der Freiburger Universität, Prof. Dr. Heinr. **Weber**. An die Eröffnungsfeier schließt sich die Besichtigung der Bauten, wobei Universitätsprofessor **Tannhauser** und der Direktor der Universitätskliniken, Prof. Dr. **Rhen** kurze Vorlesungen halten werden. Zu der Feier sind eingeladen die badische Regierung, das Landtagspräsidium, die Rektoren der badischen Hochschulen, die Spitzenvertreter der Staats-, Reichs- und städtischen Behörden aus dem Lande, der Stadt Freiburg, u. a. m.

Gemeinderundschau

Der Mannheimer Arbeitsmarkt. Das Arbeitsamt Mannheim zählte am 15. November 1931 insgesamt 40 456 Arbeitslose, davon 32 266 Männer und 8190 Frauen. Die Zunahme beträgt im Vergleich zum letzten Stichtag vom 31. Oktober 1931: 1386 Personen. Von den Arbeitsuchenden entfallen auf die Stadt Mannheim 24 983 Männer und 65 583 Frauen, auf die Landgemeinden 2283 Männer und 1607 Frauen. Unterstützung bezogen 18 806 Arbeitsuchende, und zwar Arbeitslosenunterstützung 8673 Personen und Krisenunterstützung 10 133 Personen. Zu den Unterstützungsberechtigten kamen noch 23 488 zuschlagsberechtigte Ehegatten und Kinder. Der Neuzugang von Unterstützten beträgt für die Zeit vom 16. Oktober bis 14. November 1931: 6745 Arbeitslose und der Abgang 5554 Arbeitslose.

Gegen die Randsiedlung. Eine auf Veranlassung der Handwerkskammer für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach einberufene Versammlung von Vertretern aus 27 **Mannheimer** Organisationen nahm Stellung zu dem aktuellen Thema der Großstadt-Randsiedlung der Erwerbslosen, und kam nach erschöpfender Aussprache zu der Ansicht, daß diese Pläne vom Standpunkt des Handwerks abzulehnen seien.

Vor dem dritten Wahlgang in Durlach. Am Freitag, den 27. November, findet in Durlach der dritte Wahlgang zur **Bürgermeisterwahl** statt. Am kommenden Montag sollen die Verhandlungen der einzelnen Parteien und zwischen diesen aufgenommen werden.

Abgelehnte Wahl. Stadtrechner **Fetsch**, der in **Herbolzheim** zum Bürgermeister gewählt wurde, nimmt dieses Amt nicht an, so daß ein weiterer Wahlgang notwendig wird.

Keine Gaspreissenkung in Kehl. Der Gemeinderat hatte Anfang September beschlossen, den Gaspreis von 20 auf 18 *Rpf* herabzusetzen. Da es sich inzwischen gezeigt hat, daß der Fürsorgeaufwand weiter gestiegen ist und auch weitere Einnahmeausfälle eingetreten sind, hat der Bürgermeister jetzt erklärt, diesen Gemeinderatsbeschluß nicht zu vollziehen. Lediglich die Gasmessermiete wurde um 20 Proz. ermäßigt.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	21. November Geld	21. November Brief	20. November Geld	20. November Brief
Amsterdam 100 G.	169.08	169.42	169.13	169.47
Kopenhagen 100 Kr.	84.91	85.09	85.66	85.84
Italien . . 100 L.	21.68	21.72	21.71	21.75
London . 1 Pfd.	15.74	15.78	15.83	15.87
New-York . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.48	16.52	16.49	16.53
Schweiz . . 100 Fr.	81.82	81.98	81.87	82.03
Wien 100 Schilling	58.94	59.06	58.94	59.06
Prag . . . . 100 Kr.	12.468	12.488	12.468	12.488

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 19. November 1931 beträgt der Londoner Goldpreis am 19. November 1931 für eine Unze Feingold 109 sh 1 d, in deutscher Währung nach dem Berliner Mittelkurs für ein englisches Pfund vom 19. Nov. 1931 mit 15,85 RM., umgerechnet = 86,4485 RM., für ein Gramm Feingold demnach = 42,0853 Pence, in deutsche Währung umgerechnet = 2,77938 RM.

Bekanntmachung der Reichsbank. Im gestrigen Reichsanzeiger wird folgende Bekanntmachung der Reichsbank erscheinen: „Gemäß Art. 1 § 8 Satz 1 der 6. Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung vom 2. Oktober ordnen wir hiermit an, daß die Verpflichtung zur **Anbietung von deutschen Auslandsbonds** gemäß Art. 1 § 3 Satz 1 der Verordnung auf diejenigen Fälle beschränkt wird, in denen die Stücke aus dem Ausland erworben werden."

Deutsche Michelin-Pneumatik-AG., Karlsruhe. Aus den Handelsregistereinträgen geht hervor, daß die Deutsche Michelin-Pneumatik-AG. nunmehr ihren Sitz von Mainz nach **Karlsruhe** verlegt hat. Gegenstand des Unternehmens, dessen Kapital 4,4 Millionen Reichsmark beträgt, ist die Herstellung von Gummi und Kautschuk jeder Art, sowie von entsprechenden Waren, insbesondere von Pneumatiks usw., nach dem Michelinschen Verfahren. Der Vorstand besteht aus folgenden Herren: André **Machery**, Kaufmann, Mainz, Gontran Emanuel **Bienvenu**, Ingenieur, Karlsruhe, Henri **Valentin**, Kaufmann, Mainz.

Kehler Hafenverkehr. Im Monat Oktober sind im Kehler Hafen 426 Schiffe mit 140 311 Tonnen eingelaufen, und zwar 321 mit 137 186 Tonnen zu Berg und 105 Schiffe mit 3125 Tonnen zu Tal. Abgegangen sind in der gleichen Zeit 418 Schiffe mit 32 494 Tonnen, und zwar 276 mit 21 499 zu Berg und 142 mit 10 995 Tonnen zu Tal. Gesamtverkehr somit 844 Schiffe mit 172 805 Tonnen Ladung.

Neuer Preiseinbruch an den Getreidemärkten. An den **Chikagoer** Getreidemärkten kam es am Freitag wiederum unter umfangreichen Liquidationen und allgemeinen Abgaben **zu scharfen Preisrückgängen.** Die Bewegung nahm ihren Ausgang vom Weizenmarkt, an dem Gerüchte über einen Waffenstillstand zwischen China und Japan sehr ungünstig wirkten. Die Schlußnotierungen lagen bis zu 5 Pence unter dem gestrigen Niveau.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der Landeshauptstadt

Dienstentschädigung für Stadträte. Die Dienstentschädigung der ehrenamtlich tätigen Stadträte ist vom Stadtrat **Karlsruhe**, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses, mit Wirkung vom 1. Dezember 1931 an von monatlich 96 auf **60 RM.** herabgesetzt worden.

Geltungsdauer der Sonntags- und Arbeiterrückfahrkarten an Weihnachten und Neujahr. Mit Rücksicht auf die Lage des Weihnachts- und Neujahresfestes gelten die **Sonntagsrückfahrkarten** in diesem Jahr: **zur Hinfahrt:** vom 23. Dezember, 12 Uhr, bis zum 3. Januar, und **zur Rückfahrt:** vom 23. Dezember, nachmittags, bis zum 4. Januar, 9 Uhr. Die Rückfahrt muß am 4. Januar spätestens um 9 Uhr angetreten und darf nach 9 Uhr nicht mehr unterbrochen werden. Die Geltungsdauer der in der Zeit vom 19. bis 27. Dezember gelösten **Arbeiterrückfahrkarten** wird bis zum 4. Januar einschließlich verlängert.

Neue Gehaltskürzungen. Zwischen den Arbeitgeberverbänden der Industrie und des Groß- und Einzelhandels im Handelskammerbezirk Karlsruhe und den Angestelltenorganisationen sind neue Gehälter für die Angestellten ab 1. November vereinbart worden. Danach werden die Gehälter in der Industrie um 4,5 Prozent gekürzt, wobei Gehälter bis zu 100 Reichsmark keiner Kürzung unterliegen. Das gleiche wurde auch für den Groß- und Einzelhandel vereinbart.

Dr. Rudolf Bode sprach dieser Tage über die Bewegungslehre als Grundlage der Körpererziehung. Im wesentlichen darf man wohl den Inhalt des Vortrags als bekannt voraussetzen, denn die grundlegenden Ideen dieses Bahnbrechers sind ja schon weitgehend in unser Bewußtsein gedrungen. — Interessant an diesen Ausführungen war vor allem, was über Spannung und Entspannung nicht nur gesagt, sondern auch bildlich erläutert wurde. Das Leben aller naturhaften Wesen ist auf dem Rhythmus Spannung — Entspannung aufgebaut, nur so sind Höchstleistungen möglich. Ein Hund ruht im Sprung in der Luft einen Augenblick aus, d. h. er läßt alle vier Beine schlaff herabhängen. Nur so gewinnt er Kraft. Bei allen Tierbewegungen kann man die gleiche Beobachtung machen. Der Instinkt für dieses Gesetz der Ökonomie, das in allen Tieren wirksam ist, wird beim Menschen schon in frühester Jugend geschwächt. Die oft beobachtete Veränderung der Kinder im ersten Schuljahr ist dafür ein warnendes Beispiel. — Die ursprüngliche Harmonie des Bewegungslebens wird gestört, weil vom Kind zu viel bewußte Anstrengung gefordert wird. Schöpferische Tätigkeit ist nur möglich auf dem strömenden Untergrund der Phantasietätigkeit. Körperbeherrschung wird uns frühzeitig eingedrillt. Aber was wir brauchen, ist Körper**bildung**. M. M.

Ein Defraudant stellt sich. Der seit Ende Oktober flüchtige Verwalter der Karlsruher ärztlichen Verrechnungsstelle, **Morel**, hat sich der Staatsanwaltschaft gestellt. Er hatte sich inzwischen in der Pfalz und im Elsaß aufgehalten. Hierzu erfährt die „Bad. Presse", daß sich die im Laufe zweier Jahre von ihm unterschlagene Summe auf etwa 50 000 RM. beziffert. Morel hat nicht nur widerrechtlich Gelder der ärztlichen Verrechnungsstelle entnommen, sondern auch, wie man hört, das ganze Vermögen der ärztlichen Unterstützungskasse in Höhe von 15 000 RM. unterschlagen. Morel lebte auf ziemlich großem Fuß und zeigte sich im Kreise von Freunden und Freundinnen sehr freigebig.

Richts ist sicher. Auf dem hiesigen Wochenmarkt wurden einer Landfrau 30 Pfund Butter vom Stand weg gestohlen.

Maria Ivogün, die am 23. November (Montag), abends 8 Uhr, zum ersten Male in der Karlsruher Festhalle singen wird, wurde anläßlich des großen Wohltätigkeitskonzertes, das sie vor einigen Tagen für die Winterhilfe im überausverkauften Berliner Beethoven-Saal gab, von einem dortigen Kritiker als „die vollkommenste Verkörperung des singenden Menschen" bezeichnet. Reinste Natur und höchste Kunst, Begabung und Charakter, Stimme und Technik, Seele und Kunstverstand sind hier in einem Grade zur Einheit geworden, wie sie der liebe Gott nur in seltenen Ausnahmefällen zur Beglückung der Menschheit zuläßt. — Wer kennt nicht Maria Ivogün von den über die ganze Erde verbreiteten zahllosen Grammophonplatten her? Sie ist zweifellos die berühmteste Sängerin der Gegenwart, und Deutschland kann stolz auf sie sein! Es ist daher verständlich, daß die Kartennachfrage zu diesem einzigartigen Konzert schon sehr lebhaft eingesetzt hat, und es empfiehlt sich, rechtzeitig Plätze zu sichern. Westliche Saalhälfte in der Konzertdirektion Kurt Neufeldt, Waldstr. 81, östliche Saalhälfte in der Buchhandlung Bielefeld am Marktplatz.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Bilderdiebstahl im Mannheimer Schloß vor Gericht

DZ. **Mannheim,** 20. Nov. Das Schöffengericht verhandelte in längerer Sitzung gegen den 23jährigen Matrosen Thomas **Verweijen,** alias Maslanka, aus Rotterdam wegen des **Bilderdiebstahls im Mannheimer Schloßmuseum.** Der Angeklagte gab erst nach eindringlichem Zureden des Vorsitzenden zu, daß er nicht der Iwan Maslanka aus Rußland sei, sondern der Matrose Verweijen. Nachdem er am 4. Oktober im Koblenzer Schloßmuseum drei kleinere Gemälde gestohlen und für 100 RM. an einen Wiesbadener Architekten verkauft hatte, suchte er in der Nacht zum 9. Oktober das Mannheimer Schloßmuseum heim, indem er vom Schneckenhof aus an einem Wasserrohr emporkletterte und durch das geöffnete Fenster stieg. Er schnitt wertvolle Gemälde aus den Rahmen und brachte sie nach Frankfurt, wo er bald festgenommen werden konnte. Das Urteil lautete auf **2 Jahre 3 Monate Zuchthaus.**

Die Strafanträge im Freistetter Mordprozeß

WTB. **Offenburg,** 21. Nov. In dem Prozeß gegen den Landwirt und Hausierer Christian David **Schütt,** seine Ehefrau Sofie **Schütt** geb. Rapp und den Dienstknecht Karl **Wiederecht,** sämtliche aus Freistett bei Kehl, wegen gemeinschaftlicher **Ermordung** der 70 Jahre alten **Mutter des Schütt** beantragte am heutigen dritten Verhandlungstage am Schlusse seine zweistündigen Plädoyers der Erste Staatsanwalt Dr. **Bieler gegen alle drei Angeklagten die Todesstrafe** sowie die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Gegen den Angeklagten Schütt beantragte er außerdem eine mehrjährige Zuchthausstrafe wegen erschwerter Kuppelei, deren Höhe er in das Ermessen des Gerichts stellt.

Zu dem Antrag auf Todesstrafe gegen **Schütt** erklärte der Staatsanwalt, daß hier die Frage der Mittäterschaft einige Schwierigkeiten bereitet habe. Nach der Beweisaufnahme stehe es zweifellos fest, daß die beiden anderen Angeklagten den Mord nicht ausgeführt haben würden, wenn Schütt dagegen gewesen wäre. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts käme daher Schütt als **psychologischer Mittäter** in Frage.

*

DZ. **Offenburg,** 20. Nov. Das **Schwurgericht Offenburg** verurteilte den 39 Jahre alten Händler Karl Jos **Stahl** von Lahr wegen Totschlags zu **7 Jahren Zuchthaus.** Stahl, ein gelernter Steinhauer, desertierte im Kriege nach der Schweiz. Neben einigen Beleidigungsaffären stand er schon einmal wegen eines schweren Deliktes vor Gericht. Er war beschuldigt, seine erste Frau vergiftet zu haben, mußte aber mangels Beweises freigesprochen werden. In Lahr wohnte Stahl im sogenannten „Friedensheim", in dem es allerdings alles andere als friedlich zuging. Zwischen den Parteien herrschte großer Streit. Dieser war die Ursache zu einem Zusammenstoß mit dem 28 Jahre alten Ludwig **Fischer** am 27. Juli 1931, in dessen Verlauf Fischer durch **drei Dolchstiche** von Stahl getötet wurde.

---

bld. **Oftersheim** (bei Schwetzingen), 21. Nov. Zwischen Schwetzingen und Hockenheim fuhr ein mit drei Personen besetztes Hockenheimer Personenauto durch die geschlossene Schranke. Im gleichen Augenblick kam der Personenzug 3018 heran und streifte das Auto. Zugmaschine und Kraftwagen wurden leicht beschädigt. Die drei Autoinsassen kamen mit dem Schrecken davon. — Im Bereich der Reichsbahndirektion Karlsruhe ist dies der **52. Fall** im laufenden Jahre, daß Kraftwagen Bahnschranken durchfahren.

DZ. **Appenweier** bei Offenburg, 21. Nov. Der 12jährige Kübel schaute von einem Staketenzaun aus dem Spiel von Kindern zu. Er rutschte aus und fiel in eine der **Spitzen des Zauns,** die ihm tief in die Seite drang. In schwerverletztem Zustande wurde der Junge nach dem Krankenhaus Offenburg verbracht.

DZ. **Freiburg i. Br.,** 20. Nov. Der **Allgemeine Studentenausschuß,** Freiburg i. Br., hat beschlossen, entsprechend den Abstimmungen die **Zahlungen der Universitätsgebühren** bis zum 5. Dezember **einzustellen.** Bis dahin soll über eine Ermäßigung dieser Gebühren mit den zuständigen Stellen verhandelt sein.

DZ. **Klengen** (Amt Villingen), 20. Nov. Es hat sich nunmehr herausgestellt, daß bei den an den Gleisen der **Schwarzwaldbahn** gefundenen **Schottersteinen** kein verbrecherischer Anschlag vorliegt, sondern daß **Schulkinder** den Unfug begangen haben.

DZ. **Radolfzell,** 20. Nov. Wie weiter bekannt wird, wurden im Zusammenhang mit den **nationalsozialistisch-kommunistischen Zusammenstößen** insgesamt 8 Kommunisten und ein Nationalsozialist verhaftet. Sie werden sich wegen Landfriedensbruch zu verantworten haben.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Auf Grund des § 12 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Ziffer 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 79) und § 2 Absatz 2 Ziffer 2 der Zweiten Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 10. August 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 436) wird die in Mannheim erscheinende Tageszeitung Arbeiter-Zeitung mit Wirkung vom 21. November 1931 auf die Dauer von 5 Tagen verboten.

Das Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopfblätter der Zeitung, sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Karlsruhe, den 21. November 1931.

Der Minister des Innern
Maier.

Bekanntmachung

Lebensrettung.

Oberprimaner Horst **Grüninger,** wohnhaft in Frankfurt a. M., Brüder-Grimm-Str. 7, rettete am 29. Juli 1931 am Strandbad Horn bei Konstanz den Forstmeister Raymond Fohsey aus Brighton vom Tode des Ertrinkens. Ich spreche dem Genannten für das bei diesem Rettungswerk bewiesene entschlossene und mutige Verhalten die **öffentliche Anerkennung** aus.

Konstanz, den 14. November 1931.

Der Bad. Landeskommissär für die Kreise Konstanz, Villingen und Waldshut.
I. V.: Pfützner.

Lebensrettung.

Dem Linoleumleger Oskar **Gernet** in Mannheim, J 3 Nr. 19 b, der am 8. September 1931 den 8 Jahre alten, hier wohnhaften Volksschüler Wilhelm Hilchenbach durch mutiges, entschlossenes Handeln vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, spreche ich hiermit **eine öffentliche Belobung** aus.

Mannheim, den 18. November 1931.

Badischer Landeskommissär
Dr. Scheffelmeier.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Ernannt:

Medizinalrat als Bezirksarzt Dr. Hermann **Stengel** in Pforzheim zum Ersten Medizinalrat als Bezirksarzt, Polizeisekretär **Karl Traub** in Mannheim zum Polizeikommissär in Freiburg, Polizeihauptwachtmeister Ludwig **Künzi** in Kehl zum Polizeioberwachtmeister.

Versetzt:

Oberrevisor Karl **Gieser** beim Bezirksamt Ettlingen zu jenem in Donaueschingen.

Zur Ruhe gesetzt:

Verwaltungsoberinspektor Karl **Rheinhardt** beim Bezirksamt Offenburg.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Verwaltungsoberinspektor August **Weis** beim Bezirksamt Wiesloch.

Kraft Gesetzes in den Ruhestand getreten:

Kanzleiobersekretär Leopold **Heizmann** beim Bezirksamt Karlsruhe.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 24. bis 29. November 1931

Im Landestheater:

Mittwoch, 25. Nov. ✱ A 10 (Mittwochmiete). Th.-Gem. 901 bis 1000. **Nina.** Komödie von Bruno Frank. 19.30 bis 21.30. (3,50).

Donnerstag, 26. Nov. ✱ D 11 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 1101 bis 1200. **Hänsel und Gretel.** Märchenspiel von Humperdinck. Hierauf: **Die Puppenfee.** Ballett von Joseph Bayer. 20 bis 22.45. (4,90).

Freitag, 27. Nov. ✱ F 10 (Freitagmiete). Th.-Gem. III. S.-Gr., 2. Hälfte. Zum ersten Mal: **Der Graue.** Schauspiel von Friedrich Forster. 20 bis gegen 22.30. (4,20).

Winschermann G.m.b.H. Gegründet 1848 **Stefanienstraße 94** Fernsprecher 815, 816, 817
Kohlen / Koks / Briketts / Brennholz
L.559

B.399. **Karlsruhe.** Ueber das Vermögen des **Wilhelm Dreyfuß** in Karlsruhe, Waldhornstraße 18, wurde heute nachmittag 4 Uhr **Konkurs** eröffnet. Verwalter: Bücherrevisor und kaufm. Sachverständiger Wilhelm Fries in Karlsruhe, Georg-Friedrich-Straße 22. Offener Arrest mit Anzeigefrist, sowie Anmeldefrist bis 7. Dezember 1931. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin: **17. Dezember 1931, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. Nr. 4, 3. Stock, Zimmer Nr. 234. Karlsruhe, den 18. November 1931. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10.**

B.400. **Karlsruhe.** Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma **Karlsruher Seifenhaus Ernst Wenz,** Inhaber Walter Rauscher in Karlsruhe, Kaiserstraße 241, wurde nach erfolgter Bestätigung des am 11. d. M. abgeschlossenen Vergleichs aufgehoben. Die angeordnete Verfügungsbeschränkung ist damit erloschen. Karlsruhe, den 17. Nov. 1931. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8.**

Betr. Jagdverpachtungen

Die badischen und süddeutschen Jäger sind durchwegs abonniert auf die große deutsche illustrierte Jagdzeitung „Der Deutsche Jäger", München, offiz. Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksgruppen: Wertheim, Tauberbischofsheim, Buchen, Osterburken, Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Pforzheim, Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, Kehl-Offenburg, Kinzigtal, Lahr, Freiburg, Waldshut, Donaueschingen, Linzgau-Heuberg, Lörrach und Konstanz. Diese weitverbreitete Zeitschrift ist darum das geeignete Ankündigungsorgan für Jagd- und Fischereiverpachtungen, worauf die Stadt- und Gemeinderäte besonders aufmerksam gemacht werden. Anschrift: „Der Deutsche Jäger" F. C. Mayer Verlag, München 2 C, Sparkassenstr. 11. L.419

Große Festhalle
MONTAG, 23. Nov., 20 Uhr
Lieder-, Arien- und Walzer-Abend
der weltberühmten Koloratur-Sängerin
Maria
JVOGÜN
(Erstes Auftreten in Karlsruhe)
Am Bechstein-Flügel: Michael Raucheisen
Lieder von Schubert, deutsche Volkslieder, Arien von Mozart, Pergolese, Delibes (Lakmé), Walzer von Strauß (G'schichten aus dem Wienerwald)
Karten zu **2, 3, 4, 5** und **6 RM.** bei **Bielefeld,** am Marktplatz (Fernruf 281) und bei
Kurt Neufeldt Waldstr. 31 (Fernruf 2577)

Graue Haare erhalten garant. in 14 Tagen Jugendfarbe durch „Sonja-Compact". Preis 2 RM. u. Porto. L.424
Wiltberger & Co., Augsburg II/155.

Staats- und Gemeindebehörden
sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der Badischen Regierung der
KARLSRUHER ZEITUNG
BADISCHER STAATSANZEIGER

Badisches Landestheater

Samstag, den 21. Nov. 1931
*B 9 Th.-Gem., I. S.-Gr.
Uraufführung
Hochstapler-Komödie
Von Robert Neumann
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Ehrhardt, Ermarth, Ervig, Rademacher, Kratzer, Brand, Dahlen, Herz, Höcker, Kloeble, P. Müller, Prüter, v. d. Trenck, H. Müller
Anfang 20 Ende geg. 22½
Preise B (0,70—4,20 RM)

Sonntag, den 22. Nov. 1931
*E 8. Th.-Gem. 1201—1300
Don Giovanni
Oper von Mozart
Dirigent: Krips
Mitwirkende:
Blank, Fanz, Esselsgroth, Löser, Nentwig, Oerner Schoepflin, Schuster
Anfang 19 Ende geg. 22
Preise D (0,90—5,70 RM)

Montag, den 23. Nov. 1931
Volksbühne:
Novembervorstellung
Tiefland
Musikdrama von d'Albert
Dirigent: Schwarz
Spielleitung: Prusche
Mitwirkende:
Fanz, Fischbach, Haberkorn, Winter, Tubach, J. Grötzinger, Hospach, Kiefer, Löser, Nentwig, Nitschl
Anfang 19½ Ende geg. 22
Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigehalten

Die. 24. 11. Hochstapler-Komödie. Mi. 25. 11. Nina. In der Festhalle: 3. Sinfonie-Konzert. Do. 26. 11. Hänsel und Gretel. Hierauf: Die Puppenfee. Fr. 27. 11. Zum erstenmal: Der Graue. Sa. 28. 11. Im weißen Rößl. So. 29. 11. Nachm.: Nina. Abends: Die Maske. Im Konzerthaus: Frauen haben das gern.

Druck G. Braun, Karlsruhe